

Kiel, 11.09.2008

## Landtag aktuell

**Es gilt das gesprochene Wort!**  
**Sperrfrist: Redebeginn**

**TOP 11 + 20: Universität Flensburg, Zukünftige Finanzierung und Perspektiven für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Drucksache 16/2200, 16/2020, 16/2182)**

**Jürgen Weber:**

### **Universität braucht mehr Mittel und eine klare Perspektive**

Die Finanzierung der Universität Flensburg und besonders die Lage der Lehrerausbildung beschäftigen uns regelmäßig. Es gibt erneut dringenden Anlass, die jüngste Entwicklung hier zu beleuchten.

Da ist zum einen der Bewertungsbericht zum Akkreditierungsantrag der Universität Flensburg und die Aussetzung der Akkreditierung der Lehramtstudiengänge. Da ist zum zweiten die Stellungnahme des Universitätsrates zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen und da ist zum dritten der Haushaltsentwurf der Landesregierung mit erheblichen Steigerungen des Budgets der UFL.

Den Hintergrund bilden hochschulpolitische Probleme, die nicht auf Flensburg oder Schleswig-Holstein beschränkt sind:

- die allgemeine Unterfinanzierung des Hochschulbereichs,
- die Probleme mit und bei der Einführung der konsekutiven Studiengänge,
- die ungenügende Umsetzung des Hochschulpaktes I,
- und nicht zuletzt die überkommene Form der schulartgebundenen Lehrerausbildung, die sich noch orientiert an Schularten, die es demnächst gar nicht geben wird.

Das dringlichste Problem, das gelöst werden muss, ist die **verlässliche Sicherstellung der Lehrerausbildung**. Das wurde Ende August erneut deutlich, als die Akkreditierungsagentur aus Hannover, die die vermittlungswissenschaftlichen Studiengänge in Flensburg unter die Lupe nehmen sollte, die Akkreditierung einiger Studiengänge für 18 Monate ausgesetzt hat. Wohlgemerkt: „ausgesetzt“, nicht „abgelehnt“!

Ein Dank geht an das Wissenschaftsministerium und die Hochschulleitung, weil man durch die Ankündigung von Sofortmaßnahmen ein Moratorium erreicht hat.

Die **Verweigerung der Akkreditierung** wird in erster Linie mit dem Fehlen einer professoralen Mindestausstattung in vielen Fächern begründet. Fächer wie Philosophie und Heimat- und Sachunterricht verfügen sogar über gar keine eigenen Professuren. Ohne zusätzliche Stellen und Mittel kann es keine Akkreditierung der Studiengänge geben. Das gilt, auch wenn der Bericht der Agentur darauf hinweist, dass nicht feststellbar sei, „in welchem Umfang die Defizite ... im Bereich der Lehrerbildung durch interne Stellenumwidmungen der Universität Flensburg bzw. durch Importe aus anderen Instituten ausgeglichen werden können. So gibt es im Bereich Management sogar ein eigenes Institut, dessen Kompetenz jedoch überhaupt nicht genutzt wird.“ Ein Hinweis, den man nicht überlesen sollte.

Dass die Hochschule über keinen fach- und stellengenau aufgeschlüsselten **Personalentwicklungsplan** verfügt, wie moniert wird, ist sicher leichter zu beheben als die Schaffung neuer Stellenressourcen.

Man kann nicht bestreiten, dass es **hausgemachte Probleme** in Flensburg gibt – die Agentur berichtet von Mathematik-Klausuren mit einer 80%igen Durchfallquote –, und dass es noch nicht gelungen ist, einen Präsidenten oder eine Präsidentin zu wählen, spricht auch nicht gerade für eine hohe Funktionalität der Strukturen.

Denn die inhaltliche Arbeit in Flensburg weist viele von der Agentur positiv unterstrichene Innovationen auf:

- So erhalten die Bachelor-Studierenden der Vermittlungswissenschaften verpflichtend eine Ausbildung in Methoden der empirischen Sozialforschung.
- Die Praktikumsstruktur ist gut durchorganisiert.
- Und es werden beispielhaft gut studierbare Fächer hervorgehoben wie z.B. die Geschichte, „weil es eine theoriegeleitete Konzeption der Vergangenheitsbetrachtung und der gegenwärtigen Kommunikation über Geschichte mit einer überzeugenden Abfolge von Modulen gibt“.

In jedem Lob mag auch der Hinweis auf Mängel in anderen Fächern impliziert sein. Klar ist: Nicht alle Mängel, die behoben werden müssen, kosten zusätzliches Geld. Aber umgekehrt gilt auch: Ohne erhebliche zusätzliche Mittel kann die UFL ihre Aufgaben in der **Lehrerausbildung** nicht bewältigen. Dass die Lehrerausbildung in dem Rahmen der bisherigen Lehrerlaufbahnen den modernen pädagogischen und didaktischen Herausforderungen entgegenläuft, hat nicht die UFL zu verantworten. Auch konservativ-liberal regierte Länder bewegen sich hier. NRW z.B. führt gerade ein Lehramt für die Grundstufe ein.

Die Forderung der GRÜNEN nach einer Neuordnung der Lehrerausbildung ist in vielen Punkten unserer Auffassung nach nicht von der Hand zu weisen. Aber für diese Legislaturperiode gelten andere Verabredungen.

Die Aussetzung der Akkreditierung schlug erwartungsgemäß Wellen. In den Medien wurden bereits Szenarien an die Wand gemalt, die **Universität völlig zu schließen oder sie wieder zu einer Pädagogischen Hochschule zu machen**. Der Landesrechnungshof hat auf diese Option hingewiesen. Für uns sind beide Wege natürlich nicht diskutabel. Denn außer Baden-Württemberg hat kein Bundesland mehr das Modell der Pädagogischen Hochschule, und eine Schließung der Universität Flensburg

wäre aus einer ganzen Reihe von Gründen absurd. Und über die Notwendigkeit der Eigenständigkeit einer Hochschule kann man sprechen, wenn die Hochlandschaft insgesamt neu aufgestellt wird. Das ist heute kein Thema.

Der Rektor der Universität Flensburg, Prof. Dunckel, hat sich den öffentlichen Alar-  
mismus dankenswerter Weise nicht zu eigen gemacht, als er vor wenigen Tagen in der  
örtlichen Presse erneut den Stellenwert seiner Hochschule für die Stadt Flensburg und  
die Region umriss. Er hat auch auf die internationalen, mehrsprachigen Studiengänge  
in **Kooperation mit der Syddansk Universität** hingewiesen, die eine der tragenden  
Säulen der Universität Flensburg sind. Noch vor wenigen Monaten haben sich alle  
Fraktionen hier im Haus für eine Stärkung gerade dieser Profilbildung der UFL ausge-  
sprochen.

Damit komme ich zum zweiten Stein, der in den letzten Wochen ins Rollen gebracht  
wurde: dem **Perspektivpapier des Universitätsrates**. Der UR schreibt zur UFL, sie  
stelle das größte Teilproblem dar. „Sie verblieb nach einer nur regionalpolitisch moti-  
vierten Entscheidung zur Umwandlung in eine Universität weitgehend auf dem Aus-  
stattungs- und Leistungsniveau einer PH.“

Auch der UR kommt zu der Alternative: erheblicher Ausbau oder Schließung bzw.  
Rückstufung in eine PH.

Anders als die UFL selbst und anders als der bisherige politische Konsens - dafür aber  
in gewisser Anlehnung an das Gutachten der Erichsen-Kommission -  
hält der UR die Kooperation mit Syddansk Universität für kein überzeugendes Univer-  
sitätsprofil mit einer schwachen Forschungsbilanz. Der UR schlägt deshalb erhebliche  
zusätzliche Finanzmittel vor, um die UFL lehr- und forschungsstark zu machen durch  
den Ausbau zu einer „**Schwerpunktuniversität für empirische Bildungswissen-  
schaften**“. Und er erwartet eine politische Richtungsentscheidung.

Wir sollten das Papier des UR nicht einfach beiseite legen, sondern es ernsthaft diskutieren. Die Forderungen und Wünsche sind an vielen Stellen sicher überdimensioniert und begrenzt realistisch für unser Land. Die Zielrichtungen und wissenschaftsstrukturellen Empfehlungen sprechen aber eine Sprache, die sich orientiert an den europäischen Standards für die Weiterentwicklung von Hochschul- und Forschungslandschaften. Da sollte man erstmal akzeptieren, dass wissenschaftsimmanente Argumente stärker wiegen als regionale Gewohnheiten.

Für die aktuelle Diskussion will ich zusammenfassen:

Zur Sicherung und Weiterentwicklung der Lehrerausbildung und der Vermittlungswissenschaften in Flensburg müssen erhebliche Haushaltsmittel in die Hand genommen werden.

Das Wissenschaftsministerium hat umgehend erklärt, dass es dem Vorschlag der Akkreditierungsagentur zustimmt, eine Kommission einzusetzen, die im nächsten halben Jahr ihre Arbeit abschließen soll. Die Personalausstattung der Universität soll um 15 bis 20 Stellen erweitert werden, was sich im Haushaltsentwurf für 2009 in einem erheblichen Aufwuchs der Mittel um mehr als 3 Mio. € wieder findet. Und das Land hat einen Sonderfonds von 600.000 € eingerichtet, um kurzfristig personelle Lücken schließen zu können.

**Kriterien für jede dauerhafte Lösung**, die gefunden werden soll, müssen der berechnete Anspruch der Studierenden an einem qualitativ hochwertigen Abschluss und der Bedarf des Landes an gut ausgebildetem Lehrernachwuchs sein.

Ich bin deshalb besonders dankbar für die Klarstellung des Ministeriums, dass die derzeit Studierenden die Möglichkeit haben, ein Masterstudium in Flensburg zu absolvieren und damit auch dem Land künftig als Lehrkräfte in Ausbildung zur Verfügung zu stehen.

Der Ausbau der Studiengänge in Kooperation mit dänischen Partnern im Bereich der Wirtschaftswissenschaften und der Ausbau eines Forschungs- und Lehrprofil in den empirischen Bildungswissenschaften können nicht additiv erfolgen. Hier **muss sich das Land entscheiden**, was im Wissenschaftsraum Flensburg letztlich langfristig tragfähig, finanzierbar und erfolgreich sein kann.